Resolution der Generalversammlung 1998
des Mouvement Ecologique

Für neue umweltpolitische Perspektiven

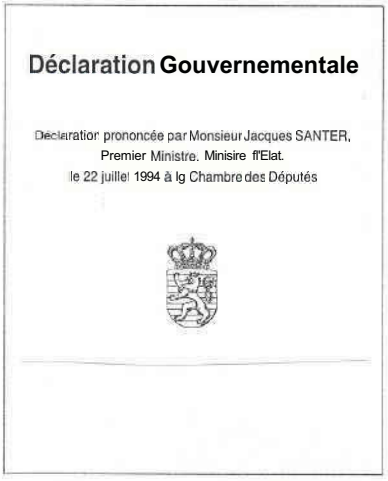
Das *Gebiet von Remerschen und der «Haff Réimech», wo die Generalversammlung 1998 des Mouvement Ecologique stattfand, steht symbolisch für das Engagement der Umweltschutzorganisationen: 20 Jahre nach der Absage an das geplante Atomkraftwerk Remersehen wurden Forderungen einer anderen Energiepolitik z.T. Wirklichkeit (Bau eines GuD-Kraftwerkes im Süden des Landes), die regionalpolitischen Thesen wurden aufgegriffen (Ausarbeitung des Modells eines grenzüberschreitenden Naturparkes Drei-Länder-Ecke); die Zukunft des «Haff Réimech» wurde in einem Runden Tisch-Modell einem Konsens zugeführt.*

Anläßlich dieser Generalversammlung wurde die vorliegende Resolution einstimmig angenommen.

Die Generalversammlung des Mouvement Ecologique stellt fest, daß die vergangenen 4 Jahre dieser Legislaturperiode aus ökologischer Sicht als verlorene Jahre angesehen werden müssen. Zwar ist es den Umweltschutzorganisationen gelungen, eine ganze Reihe von wichtigen Fragestellungen zu thematisieren (wie z.B. die Altbausanierung, das Naturschutzaudit) und auch Ideen zum Durchbruch zu verhelfen (wie z.B. derjenigen des Gas- und Dampfturbinenkraftwerkes, in bezug auf den «Accord tarifaire» zwischen Staat und CEGEDEL), dies kann aber nicht über das Versagen der Regierung bzw. der Mehrheitsparteien hinwegtäuschen. Der Ökologie wird de facto nur eine untergeordnete Rolle beigemessen:

- *weder die Wahlversprechen im Umweltbereich wurden eingelöst*
- *noch die zentralen Punkte der Regierungserklärung umgesetzt.*

Der Mouvement Ecologique richtet deshalb einen eindringlichen Appel an den neuen Umweltminister sowie an die Regierung und die Mehrheitsparteien - denn ohne die Bereitschaft der gesamten Regierung steht der Umweltminister auf verlorenem Posten - die wichtigsten Elemente der Regierungserklärung umzusetzen.


Déclaration Gouvernementale

Déclaration prononcée par Monsieur Jacques SANTER,
Premier Ministre, Minisire ff'Elat.
le 22 juillel 1994 à lg Chambre des Députés

Die Versprechen der Regierungserklärung sollen eingelöst werden

Fünf Jahre nach Rio: Luxemburg braucht endlich klare umweltpolitische Ziele

Umweltminister J.Lahure hat aufgrund der Rio-Verpflichtungen ein Vorprojekt für ein «nachhaltiges Luxemburg» vorgelegt. Dieses ist als absolut unzulänglich anzusehen und fällt deutlich gegenüber derartigen ausländischen Plänen zurück. Das Vorprojekt stellt nichts weiter als eine Zusammenstellung hinlänglich bekannter Aussagen dar. Eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme der heutigen Situation, die Festlegung umweltpolitischer Ziele, die Benennung konkreter Instrumente fehlen gänzlich.
Diese Vorgehensweise ist eine äußerst unzureichende Basis für die zukünftige Umweltpolitik; als effizientes Handlungs-instrument kann es nicht gelten.

Die Generalversammlung des Mouvement Ecologique fordert den Umweltminister deshalb auf:

- umgehend ein Expertenbüro mit der Anfertigung einer fachlichen Studie zum Thema «Nachhaltiges Luxemburg» zu beauftragen - diese sollte Ende 1998 abgeschlossen sein;

- die Hauptthesen dieser Studie im Laufe des Jahres 1999 einer öffentlichen Debatte zu unterbreiten und so auch den poltischen Parteien zu erlauben, vor den Wahlen dazu Stellung zu beziehen:

Eine handfeste - auch wissenschaftliche - Basis ist für die Diskussion über ein nachhaltiges Luxemburg notwendig

Ein Miteinander von Ökologie und Ökonomie: eine beschäftigungspolitische Chance

Es ist bedauerlich, daß im Rahmen des Europäischen Beschäftigungsgipfels sowie der aktuellen Tripartite-Verhandlungen und darüber hinaus, die Chancen eines Miteinanders von Ökonomie und Ökologie kaum berücksichtigt wurden bzw. werden.

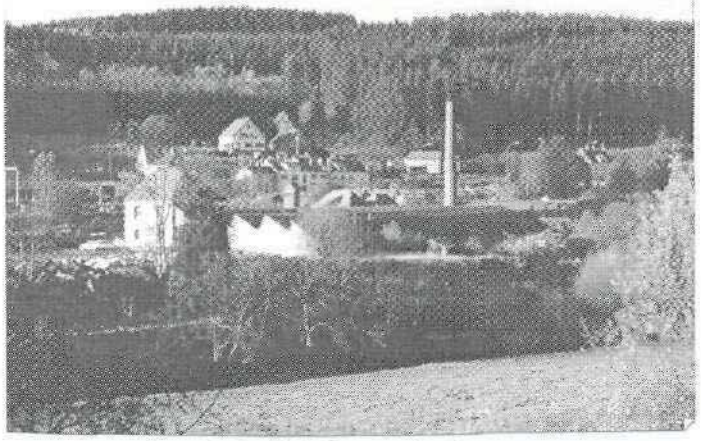
Die Generalversammlung des Mouvement Ecologique fordert die Regierung und die Sozialpartner auf:

- Konzepte zu entwickeln, wie sich Luxemburg gezielt als Standort für ökologisch orientierte Betriebe profilieren kann;

- das Staatsbudget dahingehend zu untersuchen, wie Gelder effizienter eingesetzt und kontraproduktive Subventionen abgebaut werden können: dies damit verstärkt in den vorsorgenden Umweltschutz statt in End-of-Pipe-Maßnahmen investiert wird, innovative Betriebe stärker unterstützt und die Prinzipien der Nachhaltigkeit auch einen Widerhall in der Praxis finden;

- gezielt Projekte zu unterstützen, die eine Verknüpfung von Ökologie und Ökonomie ermöglichen, wie z.B. das Projekt der Altbausanierung, den ökologischen Landbau, die Nutzung der Abwärme beim geplanten GUD-Kraftwerk...;

- die Möglichkeit zu nutzen, u.a. im Rahmen des Finanzierungskonzeptes der Pflegeversicherung eine den spezifischen Luxemburger Bedürfnissen angepaßte Energiesteuer einzuführen. Diese Chance sollte wahrgenommen werden - wobei alle Energieträger mit einer auch umweltpolitischen Zielen entsprechenden Energiesteuer belegt werden sollen.



Luxemburg braucht endlich klare Maßnahmen zur ökologisierung der Wirtschaft

Dringender umweltpolitischer Nachholbedarf

*Die Generalversammlung **fordert den** Umweltminister auf, den Nachholbedarf in einer Reihe von Bereichen dringend zu beheben:*

- Die Reform der Kommodo-Inkommodo-Gesetzgebung sollte im Sinne einer Entkrampfung des Verhältnisses Ökologie / Ökonomie, jedoch ohne Verschlechterungen aus Umweltsicht, verabschiedet werden;

- Bei der geplanten Kommodo-Inkommodo-Prozedur für den Findel resp. den geplanten Ausbau müssen neben kurzfristigen ökonomischen Aspekten auch ökologische Prinzipien einwirken;

- Luxemburg harrt nach wie vor einer effizienten Regelung betreffend die Ozonproblematik;

- Sektorielle Abfallwirtschafts-Pläne sind längst überfällig;

- Ein großherzogliches Reglement zum Schutz der Trinkwasserquellen und ihrer Einzugsgebiete fehlt noch immer.

Das Projekt der "Altbausanierung" sollte im Budget 1999 vorgesehen werden

Eine Zukunftsvision für die Naturschutzpolitik

Nach (wegen) dem Gréngewald-Debakel wurde endlich vom Umweltministerium ein Audit der Naturschutzpolitik in Auftrag gegeben, dessen Resultate im Sommer dieses Jahres vorliegen sollen.

Die Generalversammlung des Mouvement Ecologique fordert

- eine parlamentarische Diskussion auf der Grundlage des Audits über die Ziele und Instrumente des Naturschutzes in Luxemburg;

- eine Naturschutzpolitik auf der gesamten Fläche mit kurzfristiger Umsetzung entsprechender Instrumente (rechtsverbindlicher Schutz von Natur- und Landschaftsschutzgebieten, kurzfristige Umsetzung der Habitat-Direktive, von Nature 2000...);

- eine Integration des Natur- und Landschaftsschutzes in die kommunalen Bebauungspläne (Reform des Gesetzes von 1937) und in die dringend notwendigen regionalen Entwicklungspläne;

- die Verwirklichung der gemeinsamen Forderung aller Naturschutzorganisationen, eine eigenständige Naturschutzverwaltung für Luxemburg zu schaffen und die Naturschutzkompetenz aus der Forstverwaltung herauszulösen.

Für eine Wende in der Verkehrspolitik

Auf der Grundlage des Ideenkataloges «Initiativ 21 - Méi mobil mat manner Automobil» fordert die Generalversammlung

- eine definitive politische Entscheidung über den Bau einer modernen Stadtbahn vor den Sommerferien und die Bereitstellung ab dem Budgetjahr 1999 der notwendigen Finanzmittel für deren Verwirklichung;

- die Schaffung einer Mobilitätszentrale im Hinblick auf eine verstärkte öffentliche Information und Sensibilisierung sowie der Erarbeitung und Umsetzung von konkreten Alternativen (Mitfahrgemeinschaften, Ziel- und ßürgerbusse, Mobilitätskonzepte für Industriezonen...).

Die Entscheidung für den Bau einer modernen Stadtbahn muß noch in diesem Jahr getroffen werden

Regionale Entwicklungskonzepte

Der Mouvement Ecologique unterstützt die Bestrebungen regionale Entwicklungskonzepte in die Wege zu leiten, *unter der Voraussetzung, daß Gemeinden und Bürger ab der Planungsphase eingebunden werden.*

Eine stärkere regionale Identität wird jedoch nur zu erreichen sein, *wenn dafür gezielte Finanzierungsmittel im Rahmen eines Regionalfonds zur Verfügung stehen und regionale Strukturen geschaffen werden (Reform des Gesetzes von 1974).*
Regionale Entwicklungskonzepte müssen, wie im Falle der Minetteregion oder der «Nordstad», *nicht nur wirtschaftliche, sondern u.a. auch ökologische, Verkehrs- und siedlungspolitische Aspekte berücksichtigen.*

Einführung eines «conge associatif»

Ehrenamtlich engagierte Personen leisten einen wichtiger Beitrag in dieser Gesellschaft. Tatsache ist aber, daß dieses Engagement immer schwieriger und aufwendiger wird.

Falls dieser Staat tatsächlich Wert legt auf diese Form der Bürgerbeteiligung, so obliegt ihm die Verantwortung unbedingt kurzfristig die Rahmenbedingungen zu verbessern. An vorderster Stelle sei in diesem Zusammenhang der «conge associatif» festgehalten: auch im Bereich der Umwelt bzw. der Dritten Welt-Organisationen sollten ehrenamtlich engagierte Bürger das Recht erhalten, während einer begrenzten Zeit von ihrer Arbeit freigestellt zu werden, um u.a. an Weiterbildungsveranstaltungen teilnehmen zu können.

Erausgin vum:
Mouvement Ecologique, 6, rue Vauban, L - 2663 Luxemburg, Fax. 422242, E-Mail:meco@emweltzenter.lu